

Verantwortung übernehmen – Zuwanderung begrenzen

In Baden-Württemberg werden zum Jahresende womöglich bis zu 200.000 Flüchtlinge und Asylbewerber ankommen. Bei der Unterbringung der Menschen gehen ehren- und hauptamtliche Hilfsdienste und Sicherheitsorgane schon heute über ihre Grenzen hinaus. In den provisorischen Erstaufnahmeeinrichtungen nehmen die Spannungen zwischen den Bewohnern zu. Die Verunsicherung in der Bevölkerung nimmt zu.

Dies zeigt: Zuwanderung nach Baden-Württemberg kann nicht unbegrenzt erfolgen. Unbegrenzte Zuwanderung überfordert alle Kräfte, die Gesellschaft und insbesondere die Kommunen. Deswegen gilt es, verantwortungsvoll für das Land zu handeln und Zuwanderung zu begrenzen. Dabei kommt es jetzt auf folgende Maßnahmen an:

1. Mehr Polizei in und um Aufnahmeeinrichtungen und Unterkünften

Massenschlägereien in den überfüllten Erstaufnahmeeinrichtungen, die teilweise mit selbst gebauten Waffen ausgetragen werden, gefährden Flüchtlinge, Helfer und Sicherheitsdienste. Vorfälle wie in Heidelberg mit 300 Beteiligten, die von 50 Polizisten getrennt werden mussten, offenbaren die Brisanz. Wir fordern die Schaffung von 1.500 neuen Polizeistellen und die Reaktivierung des freiwilligen Polizeidienstes, um erfahrene Polizeieinsatzkräfte von anderen Aufgaben zu entlasten. Nur so lässt sich Sicherheit in und um die Erstaufnahmeeinrichtungen garantieren.

2. Fehlanreize vermeiden: sofort Sach- statt Geldleistungen

Bereits am 24. September haben Bund und Länder die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen vereinbart. Die von SPD und Grünen regierten Länder wollen diesen Fehlanreiz jedoch nicht aufgeben. Wir fordern die Landesregierung auf, sofort und konsequent auf Sachleistungen umzustellen. Diskussionen über Verwaltungsaufwand verzögern nur die dringend notwendige Abschaffung von Fehlanreizen und damit die Verminderung des Zuwanderungsdrucks.

3. Unerlaubten Aufenthalt sofort beenden – Zahl der Abschiebungen erhöhen

In Baden-Württemberg gab es schon im Juni 2015 tausende Personen, die unmittelbar - d.h. ohne weiteres - ausreisepflichtig waren, ohne dass die grün-rote Landesregierung seither tätig geworden wäre. Mit der bloßen Ankündigung ihres Rückführkonzepts schiebt die Landesregierung diese Bugwelle weiter vor sich her. Wir fordern die Landesregierung auf, unverzüglich rechtsstaatliche Zustände herbeizuführen und die unmittelbar ausreisepflichtigen Ausländer endlich abzuschicken. Sie allein ist dafür verantwortlich.

4. Keine Verzögerung bei der Ausreise – mehr Verwaltungsrichterstellen

Während in Baden-Württemberg die Schaffung von 16 Verwaltungsrichterstellen angekündigt wird, setzt Bayern mit 64 Verwaltungsrichterstellen und einem Richterpool Maßstäbe. Eine schnelle Überprüfung der Abschiebungen ist nur mit genügenden Richtern möglich. Die CDU fordert die Landesregierung deshalb auf, im anstehenden Nachtragshaushalt die Zahl der Richterstellen an die zu erwartende Belastung der Gerichte anzupassen, um schnelle, rechtsstaatliche Gerichtsentscheidungen herbeizuführen.

5. Integration einfordern

Integration lebt von der Mitwirkung beider Seiten. Die hier anerkannten Flüchtlinge und Asylbewerber müssen sich schnell in unsere Wertegemeinschaft einfügen, sich zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Toleranz bekennen. Sprache und Schule sind dafür das Fundament. Die Landesregierung sollte daneben aber von der Ankunft an auch aktiv über unsere Werte, Normen und alltäglichen Regeln des Zusammenlebens informieren.

6. Ehrenamt unterstützen

Viele Ehrenamtliche in Vereinen, Kirchen und Hilfsorganisationen kümmern sich in Baden-Württemberg Tag für Tag um die Integration der Menschen, die länger bei uns bleiben werden. Unser Land zeigt dabei Hilfsbereitschaft und Menschlichkeit. Das ehrenamtliche Engagement in den Stadt- und Landkreisen muss institutionalisiert unterstützt, vernetzt und gefördert werden. Hierzu sollte das Land verstärkt Koordinierungsstellen fördern, die Vernetzung, Beratung und Qualifizierung organisieren.